

«Alleinregierung Hasler hat zu lange tatenlos zugeschaut»

Invalidenversicherung: Grosse Mehrheit im Landtag für Beitragssatzerhöhung

Was die Vorgängerregierung verschlafen hat, muss jetzt die Koalitionsregierung ausbaden. Die Beitragssätze bei der IV sollen per 1.1.2006 von 1,2 auf 1,5 Prozent angehoben werden.

• VON GÜNTHER FRITZ

Mit 22 Stimmen ist der Landtag gestern auf die Teilrevision des Invalidenversicherungsgesetzes eingetreten. Sozialminister Hugo Quaderer musste ein unliebsames Erbe antreten. Die Anzahl der Rentenbezüger hat von 1'191 im Jahre 1997 um 73 Prozent auf 2'062 im Jahre 2004 zugenommen. Die Gesamtleistungen stiegen dabei um 98 Prozent. Erst seit fünf Monaten im Amt, hat Regierungsrat Hugo Quaderer dem Landtag nun einen Bericht und Antrag vorgelegt, wonach die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber von bisher 1,2 auf 1,5 Prozent zu erhöhen sind. Gleichzeitig schlägt die Koalitionsregierung vor, den Staatsbeitrag wie bei Einführung der IV auf 50 Prozent des Gesamtaufwandes festzuschreiben.

Auch Leistungsseite soll angepackt werden

Ausserdem enthält die Vorlage eine Begrenzung des Staatsbeitrages, wenn das Vermögen der IV zu stark anwachsen sollte. Wenn das Vermögen der IV auf mehr als 5 Prozent eines Jahresaufwandes ansteigen sollte, so würde der Staatsbeitrag entsprechend reduziert. In der Vernehmlassungsvorlage von Sozialminister Hansjörg Frick war sogar eine Vermögensbildungsbeschränkung von 20 Prozent eines Jahresaufwandes vorgesehen. Die Anpassung soll per 1.1.2006 in Kraft treten.

Regierungsrat Hugo Quaderer liess auch anlässlich der gestrigen Landtagsdebatte keinen Zweifel offen, dass die Beitragssatzerhöhung nicht das Ende des Weges ist. Die von der Gesamtregierung beauftragte Arbeitsgruppe habe bereits einen Bericht vorgelegt, in welchem Massnahmen zur Eindämmung der Leistungsseite vorgeschlagen werden. Dieses Ergebnis habe die Regierung in dieser Woche zur Kenntnis genommen. Mit einem entsprechenden Bericht und Antrag rechnet Hugo Quaderer bereits im Mai oder Juni 2006.

«Axt am Baum»

«Was mich an dieser Vorlage ärgert, ist die Tatsache, dass seit Jahren bekannt ist, dass die IV auf ein Defizit hin steuert und während all der Jahre nichts unternommen wurde. Nun, da die Axt am Baum ist, das heisst, das Finanzloch da ist, wird die einfachste Lösung in einem solchen Fall gewählt, nämlich eine Beitragssatzerhöhung beantragt», sagte der VU-Abgeordnete Jürgen Beck.

Überwachungsfunktion nicht wahrgenommen

Vor kurzem sei im «Liechtensteiner Volksblatt» eine Grafik abgedruckt worden, in welcher auf die Leistungen der FBP-Mitglieder hingewiesen wurde, führte Jürgen Beck weiter aus. Dass sie aber grundlegende Überwachungsfunktionen nicht wahrgenommen und auch Trends nicht richtig gedeutet haben, werde wohlweislich verschwiegen. «Im Fall der IV haben sie es allerdings nun auch einfach, denn diese Erhöhung muss nun der neue Regierungsrat vertreten», betonte der VU-Abgeordnete Beck. Einer reinen Prämienhöhung ohne begleitende, nachvollziehbare Massnahmen will Jürgen Beck

nicht zustimmen. Sein Antrag auf Nicht-Eintreten hatte jedoch keine Chance.

FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel sieht es als sehr dringend an, die Beiträge auf das vorgeschlagene Mass von 1,5 Prozent zu erhöhen. Dies gebe dem Landtag Zeit bis 2008 oder 2009, mit diesen Beiträgen durchzukommen. Danach müssten aber die von Sozialminister Hugo Quaderer in Angriff genommenen Änderungen beim Ausgabenwachstum eintreten, ansonsten dannzumal die nächste Anpassung der Beiträge ins Haus stehen würde. «Aus Sicht der Staatsaufgaben für nicht sinnvoll» hält der FBP-Fraktionssprecher die Fixierung des Staatsbeitrages auf 50 Prozent der Ausgaben. Er behält sich vor, in der zweiten Lesung vorzuschlagen, bei der heutigen Regelung zu bleiben. Der VU-Abgeordnete Günther Kranz sprach sich klar für Eintreten auf die Vorlage aus. Er befürwortete die Anhebung der Beitragssätze, wünsche aber, dass unverzüglich Massnahmen auf der Leistungsseite eingeleitet werden und dass die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den nächsten Jahren von Beitragserhöhungen verschont bleiben.

«Sündenbockdiskussion» nicht zielführend

Die Angriffe von Jürgen Beck auf die Vorgängerregierung blieben erwartungsgemäss nicht unwidersprochen. Der FBP-Abgeordnete Alois Beck erinnerte Jürgen Beck daran, dass es auch vor der Alleinregierung Hasler ein politisches Leben mit Sozialminister Michael Ritter gegeben habe. Das Thema IV sei zu sensibel, als dass man auf einer solchen «Polemik»-Schiene fahren dürfe. FBP-Fraktions-

sprecher Markus Büchel sagte zu der von ihm als «Rundumschlag» bezeichneten Kritik des VU-Abgeordneten Jürgen Beck: «Ich glaubte, diese Zeiten hätten wir in der Koalition nun überstanden.»

Der FL-Abgeordnete Pepo Frick ging diese «Sündenbockdiskussion» hörbar auf den Geist. Er appellierte an die Abgeordneten von FBP und VU, «den Wahlkampf nicht zu verlängern». Handlungsbedarf bei der IV sei in den ganzen letzten acht Jahren klar gegeben gewesen, aber die Politik habe nicht zugehört. Pepo Frick plädierte dafür, dass Sozialminister Hugo Quaderer den die Massnahmen auf der Leistungsseite betreffenden Bericht und Antrag so schnell als möglich in den Landtag bringt. Dann soll eine Landtagskommission gebildet werden.

► LANDTAG SEITEN 3 BIS 9